

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erstblatt:
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährlich M. 1,35
monatlich 45 Pf.
bei allen würt. Postämtern
und Böden im Orts- u. Nachbar-
ortsverkehr vierteljährlich M. 1,35,
außerhalb desselben M. 1,35,
hieszu Bestellschein 24 Pf.
Telefon Nr. 4.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Veröffentlichungsblatt
der kgl. Forstämter Wildbad, Meßstern,
Enzklösterle u.
während der Saison mit
amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Bg.
Anzeigen 10 Bg., die Klein-
spaltige Garmenten.
Kontakten 15 Bg., die
Peiknalle.
Bei Wiederholungen entspr.
Rabatt.
Fremdenliste
nach Haborstokant.
Telegraphen-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Die Denkschrift über die Kanalisierung des Neckars von Mannheim bis Heilbronn

ist schon vom Ministerium des Innern herausgegeben worden. Sie legt den geplanten Umfang der Kanalisierung, die Schiffsgröße, den Betrieb und die Einwirkung auf die Flößerei dar. Vorausgeschickt ist ein Vorwort, in dem ausgeführt wird, daß die Regierungen von Württemberg, Baden und Hessen auf Anregung Württembergs im Jahre 1904 die Aufstellung eines Entwurfs für die Kanalisierung des Neckars von Mannheim bis Heilbronn beschlossen haben. Dabei wurde vereinbart, daß der Entwurf unter Leitung einer ständigen technischen Kommission, bestehend aus je einem höheren technischen Beamten der drei Uferstaaten, für die Neckarstrecke von Heilbronn bis zur württembergisch-badischen Landesgrenze zwischen Böttingen und Hagmersheim von der württembergischen, für die unterhalb dieser Landesgrenze liegende Neckarstrecke von der badischen Baubehörde auf Rechnung Württembergs auszuarbeiten sei. Die Vorarbeiten, welche einen Aufwand von rund 76 000 Mark erfordern, sind dem Abschluß nahe. Der Entwurf wird daher demnächst den Regierungen der drei Uferstaaten zur Genehmigung vorgelegt werden können. Dann wird im Allgemeinen bemerkt: Bei der Kanalisierung eines Flusses wird der natürliche Wasserlauf in der Hauptsache als Schiffschiffahrtsweg beibehalten. Es wird jedoch durch Einsetzung von Stauewehren der Wasserpegel soweit gehoben und erforderlichenfalls die Flußsohle an den Stauenden in dem Maße vertieft, daß Schiffe mit einer gewissen Taudtiefe jederzeit und überall verkehren können. Nur unter außerordentlichen Verhältnissen wird durch Herstellung eines Seitenkanals neben der Flußrinne ein neuer Fahrweg geschaffen. Durch die einzubauenden Stauanlagen wird der Fluß in eine Reihe stufenförmig übereinander liegender Strecken mit schwachem Gefälle (Staustrufen, Stauungen) geteilt. Die Stauungen werden unter sich mit Kammerwehren verbunden, in denen die Schiffe bei der Bergfahrt aufsteigen und bei der Talfahrt absinken. Ueber den Umfang der Kanalisierung

11,790 Km., auf die Grenzstrecke Hessen—Württemberg 4,861 Km., auf die Grenzstrecke Baden—Württemberg 9,376 Km., auf heiliges Gebiet 6,699 Km., auf die Grenzstrecken Baden—Hessen 10,310 Km., auf badisches Gebiet 74,464 Km., zusammen 117,500 Kilometer. Von den beiderseitigen Ufern mit einer Ausdehnung von zusammen 235 Kilometer stehen daher 37,817 Kilometer oder rund 16 Proz. unter württembergischer, 168,614 Kilometer oder rund 72 Proz. unter badischer, 28,569 Kilometer oder rund 12 Proz. unter heiliger Landeshoheit. Bei der Ausführung der Kanalisierung wird die Länge der Schiffsfahrtsstraße durch Einlegung einiger Kanalflecken auf 116,590 Kilometer vermindert werden. Was sodann die Schiffsgröße, Schiffsfahrtsbetrieb, Flößerei

Strecke Mannheim—Heilbronn wird etwa drei Tage betragen. Hierbei ist vorausgesetzt, daß die Fahrgewindigkeit auf der Bergfahrt 4,5 Km., auf der Talfahrt 5,5 Km. in der Stunde beträgt und eine Schlenkung je nach den Wasserständen- und Windverhältnissen und je nach der Größe der Schiffsladung 30—60, im Mittel etwa 40 Minuten, in Anspruch nimmt. Die Flößerei kann auf dem kanalisiertem Neckar jedenfalls in ihrer bisherigen Form nicht weiter betrieben werden. Die Flößmästen in den langen Wehrwagen, in denen die Wassergeschwindigkeit bedeutend verlangsamt wird, geschleppt werden, wodurch der Floßbetrieb verteuert würde. Dagegen könnte in Frage kommen, die Flößerei künftig in sogenannten Stücken zu betreiben. Hierbei wäre das Floßholz in Stücken von der Länge und Breite der Schleusen (100 Meter bzw. 10,5 Meter) einzubinden und durchzuschleusen. Drei bis vier solcher Stücke mit je etwa 230 Kubikmeter Inhalt müßten, der Verringerung der Schleppkosten wegen, jeweils gemeinsam geschleppt, an jeder Schleuse auseinander gemacht, einzeln geschleppt und nachher wieder zusammengesetzt werden. Was nun die

die Schiffsgröße, Schiffsfahrtsbetrieb, Flößerei anbetrifft, so sagt die Denkschrift, daß Schiffe mit 80 Meter Länge, 10,2 Meter Breite und einer der Mindestwassertiefe von 2,2 Meter entsprechenden Taudtiefe auf dem zu kanalisierenden Neckar verkehren können. Schiffe mit diesen Größenverhältnissen werden eine Tragfähigkeit von etwa 1000 Tonnen besitzen. Da die Schnellen durch den Einbau der Stauewerke in Wegfall kommen, kann künftig die Bergfahrt bei allen Wasserständen mit geringerem Kraftaufwand und ohne Kette erfolgen. Der bestehende Kettenschleppschiffsfahrtsbetrieb wird daher voraussichtlich eingehen; er soll aber über die Dauer der Kanalisierungsarbeiten womöglich aufrecht erhalten werden, um Störungen der bestehenden Verkehrsverhältnisse tunlichst zu vermeiden, den Heilbronner Handel und die Neckarschiffer vor Schaden zu bewahren, und die Beschaffung der Baustoffe für die Kanalisation zu erleichtern. Die Verlangsamung der Wassergeschwindigkeit in den neuen Stauungen hat andererseits zur Folge, daß auch die zu Tal gehenden Schiffe, die seither „auf sich selbst fahren“, geschleppt werden müssen. Für den Schiffszug kommen bei den vorliegenden Verhältnissen, soweit die Lastschiffe nicht mit eigenen Motoren ausgestattet sind, nur der Zug vom Leinpfad aus durch elektrische Kraft und der Zug durch freifahrende Schlepper in Betracht. Für die Fortbewegung der Lastschiffe dürften fahrende Schlepper mit etwa 20 Meter Länge, 4,5 Meter Breite, 1,4 Meter Tiefgang und ungefähr 110 Pferdestärken zu verwenden sein. Die Schlepper werden am besten als Schraubenboote gebaut. Die Reisedauer der Schleppzüge für die rund 117 Kilometer lange

Schiffahrtsanlagen im Einzelnen anbetrifft, so soll das Gefälle des Neckars, das auf der Strecke Heilbronn—Mannheim rund 67 Meter beträgt, auf 17 Staustrufen mit 18 Stauungen und Schleusen verteilt werden. Das größte Gefälle hat die Staustufe bei Schwabenheim mit 8,3 Meter, das kleinste die Staustufe beim Mannheimer Friedhof mit rund 3 Meter; im übrigen kommen Gefälle zwischen 3 und 4 Meter vor. Die längste Staustufe ist die bei Ladenburg mit rund 10 Km., die kürzeste die bei Wimpfen mit rund 4 Km.; die durchschnittliche Länge der Staustrufen beträgt rund 7 Km. Die Wehre sind so anzuordnen, daß der Stau auch bei anlaufendem Wasser tunlichst lange in der festgelegten Höhe erhalten werden kann und eine schädigende Veränderung der bestehenden Abflußverhältnisse vermieden wird. Von Wichtigkeit ist sodann, daß die beweglichen Wehrteile zur Verhütung von Wasserverlusten dicht schließen, daß sie bei Hochwasser rasch entfernt und wieder eingesetzt und daß sie ferner bei Frost zunächst stehen gelassen und noch kurze Zeit vor Eintritt des Eisgangs in sicherer Weise entfernt werden können. Diesen Anforderungen kann nach den bis jetzt vorliegenden Erfahrungen am besten durch die Anlegung von Wehren

wird ausgeführt: Der Entwurf erstreckt sich auf die 117,500 Kilometer lange Neckarstrecke vom Rhein bis zu den Anlandstellen im Oberwasser der Heilbronner Wehre. Von dieser Neckarstrecke entfallen auf württembergisches Gebiet

Eine wissenschaftliche, sorgfältige Anwendung der Zeit kann ebenfalls viel aus uns machen. Und wie schön, wie beruhigend in der Gedanke, durch den bloßen richtigen Gebrauch der Zeit, die unser Eigentum ist, sich selbst alle Güter des Lebens erwerben zu können.
Schiller.

Die Versuchung

Roman von Robert Graf Widenburg (Katholik verboten.)

(Fortsetzung.)
Ein nachdenkliches Schweigen trat ein, das Frau Borger und die Kinder benützte, um den Bruder, beziehungsweise Onkel zu begrüßen und ihm einen Platz am Tisch einzuräumen. Dann wurde die unterbrochene Mahlzeit fortgesetzt. Aber nur die Kinder langten noch einmal tischig zu. Herrn Borgers Appetit war vergangen, sein Schwager würgte nur pro forma einige Bissen hinunter, und seine Gattin sah ängstlich forschend von einem zum andern. Auch ein Gespräch wollte nicht in Gang kommen — jeder war zu sehr mit unangenehmen Gedanken beschäftigt, die er nicht aussprechen wagte. Es danken beschämte, als lässe ein drückender Alp auf der kleinen Gesellschaft, und eine unheimliche Gewitterschwüle schien den ganzen Raum zu erfüllen, dessen hart zusammengewürfelte Einrichtung viel „Talmi“, aber wenig Geschmack zeigte.
Als die beiden Ehepaare am nächsten Morgen das Bureau in der Schleifmühlgasse betraten, fanden sie bereits die erste Post vor. Herr Borger sah das Päckchen rasch durch — dann langte er hastig ein graues Kuvert heraus, das er mit zitternder Hand aufstieß. „Ach Herr Goldfuchs!“, rief er, „das ist die gedruckte Ausschift des Urteils, aber die Schlichter des Schwagers weg!“, rief er mit diesem zugleich die wenigen Zeilen des Briefes:
„Sie entschließen die Anforderungen des Dr. Riedinger an die beiden Herren, ihn sofort in einer sehr wichtigen Angelegenheit (die unterschrieben!) in seiner Kanzlei zu besuchen!“
Stumm und bleich starrten die Kompanions auf das Kuvert — dann rief Borger heiser:
„Da steckt der Hans dahinter!“
„Aber, falls müssen wir hingehen!“ erwiderte Goldfuchs in großer Erregung. „Wir müssen Klarheit haben! Wegen unbekannter Feinde kann man nicht kämpfen!“

Dr. Riedinger empfing die Herren mit kühler, gemessener Höflichkeit und lud sie ein, Platz zu nehmen, ohne die ihm mit liebenswürdigem Lächeln hingestreckte Hand des Herrn Borger zu bemerken.
„Meine Herren“, begann er, die Angesprochenen scharf fixierend, „ich habe Sie zu mir gebeten im Austrage des Herrn von Reilinger. Wenn Sie es interessiert — hier ist meine Vollmacht, die mich ermächtigt, ihn in allen seinen Vermögensangelegenheiten rechtsgültig zu vertreten... bitte...“
Goldfuchs langte erbleichend nach dem Papier, während sein Schwager heftig aufstieß und im Tone tief gekränkter Stolz ausrief:
„Herr Doktor — ich betrachte diese Unterredung als beendet! Wenn der Herr von Reilinger mit uns zu sprechen hat, stehen wir ihm jederzeit zur Verfügung! Seit wann verkehrt man mit seinem Kompagnons durch den Advolaten?“
„Ich möchte Ihnen empfehlen, ruhig wieder Platz zu nehmen!“ sagte Dr. Riedinger mit kaum merklichem Lächeln, „ich glaube, daß meine Mitteilungen Sie sehr interessieren werden.“
Auch Goldfuchs warf dem erregten Schwager einen warnenden Blick zu und sagte mit gut geübter Gleichgültigkeit:
„So hören wir doch erst, was der Herr Doktor uns zu sagen hat!“
„Na, also! Ich will mich so kurz als möglich fassen: Mein Klient hat mich damit betraut, den Vermögenszustand und die bisherige Auftragsbeziehung Ihrer Gesellschaft einer genauen Prüfung zu unterziehen. Ich muß Sie also ersuchen, mir umgehend sämtliche Bücher, Rechnungen, Belege usw. vorzulegen. Wenn es Ihnen Schwierigkeiten macht, das ganze Material hierher zu schaffen — bin ich auch bereit, mit Ihnen nach Grummach zu fahren...“
„Wa-a-a-s...?!“ rief Herr Borger aufspringend — sein festes Gesicht färbte sich abwechselnd blutrot und aschfahl, und in seinen Augen ging eine wahre Revolution vor sich. „Und eine solche Zumutung...?! Wa-a-h — da hört sich doch Verschönerung an...! Herr Doktor — ich bin einfach sprachlos! Ich bin empört, entrüstet — ich finde keine Worte...!“

„Oh, bitte — Sie brauchen sich auch gar nicht mit Worten anzustrengen!“ jagte der Advokat gelassen, „ich bin ganz zufrieden mit einem kurzen „ja“ oder „nein“ auf meine Frage, ob Sie gewonnen sind, die Revision gütwillig vornehmen zu lassen!“
Im Gegensatz zu seinem jäh aufbrausenden Schwager trug Herr Goldfuchs eine eiserne Ruhe zur Schau. Stolz richtete er sich auf, um seine Mundwinkel zu einem hochmütigen Lächeln und seine Stimme klang fest und schneidend:
„Darfen wir vielleicht erfahren, was den Herrn von Reilinger zu diesem ganz unqualifizierbaren Vorgehen veranlaßt?“
„Bitte mir erst meine Frage zu beantworten: Sind Sie mit der Revision einverstanden?“
„Herr Doktor — diese Frage können Sie doch nicht im Ernst an uns richten?“ rief Borger mit erkünsteltem, höhnischen Lachen.
„Ich mache Sie aufmerksam, daß ich im Fall der Verweigerung beauftragt bin, die Angelegenheit dem Gericht zu übergeben — ich hoffe, Sie werden mich nicht dazu zwingen...!“
Jetzt lachte Goldfuchs kurz und spöttisch auf:
„Damit würden Sie nur uns zwingen, dem Gericht auf Grund unseres Gesellschaftsvertrages zu beweisen, daß wir berechtigt sind, das Vermögen der Firma nach Guldankens zu verwalten, ohne irgend jemandem Rechenschaft zu schulden! Zu einem gerichtlichen Einschreiten müssen doch Gründe vorliegen, die Sie als Advokat besser kennen werden als ich! Sie würden mit einem solchen Schritt nur höchst peinliche Folgen heraufbeschwören: Einmal den Verrat unseres Fabrikationsgeheimnisses...!“ Der Sprecher verstummte unter dem seltsamen ironischen Blick, mit dem der Advokat ihn maß — eine Sekunde lang schien es, als sei er diesem gefährlichen Spiel mit dem Feuer doch nicht ganz gewachsen — auch Borger warf ihm einen erschrocken warnenden Blick zu — aber dann fuhr er mit gleicher Festigkeit wie bisher fort:
„Und von der Wahrheit dieses Geheimnisses hängt das ganze Wohl und Wehe unserer Unternehmung ab! Der Verrat würde Herrn von Reilinger um sein Vermögen bringen und auch uns ruinieren...!“
(Fortsetzung folgt.)

wachsen entsprechen werden. Damit die Fische während der Laichzeit über die Wehre aufsteigen können, werden diese mit besonderen Fischleitern versehen. Um mit den Schiffen das an den Stauanlagen vorhandene Gefälle überwinden und von einer Haltung in die nächste gelangen zu können, sind Kammer Schleusen erforderlich. Die nutzbare Länge der Schleusen soll nach den neuesten Vorschlägen der ständigen technischen Kommission von 85 auf 100 Meter vergrößert werden, damit der aus dem Schlepper und einem 1000-Tonnen-Schiff bestehende Schiffszug auf einmal durchgeschleust werden kann. Die Schleusenbreite ist zu 10,5 Meter angenommen. In der freien Flußstrecke wird der Schiffsweh auf 30 Meter Sohlenbreite eine Mindestwassertiefe von 2,2 Meter erhalten. Während im untern und mittleren Teil jeder Haltung die nötige Wassertiefe durch die Hebung des Wasserpiegels erzielt wird, muß sie am oberen Haltungsende erforderlichenfalls durch künstliche Vertiefung der Flußsohle gewonnen werden. Von der Herstellung von Durchflüssen für den Schiffsweh in den Schleusen bei Böttingen, Winau und Hirschhorn wurde Abstand genommen, weil die aufzuwendenden großen Kosten außer Verhältnis zu den dem Schiffsverkehr erwachsenden Vorteilen stehen würden. Nur an drei Stellen, nämlich zwischen Mannheim und Ladenburg, zwischen Schwabenheim und Heidelberg und bei Heilbronn, soll der Schiffsweh in abgegrenzte Kanäle mit mindestens 22 Meter Sohlenbreite verlegt werden. Die streckenweise Verlegung des Schiffswehs zwischen Mannheim und Heidelberg in zwei 8,03 und 5,4 Kilometer lange Seitenkanäle am rechten Rheinufer ist angezeigt, damit das teils tief eingeschnittene, teils beiderseits eingedichtete Flußbett, in welchem die Eisgänge wegen der Aufstauungen durch den Rhein stets einen gefährlichen Charakter annehmen, von Einbauten freigehalten werden kann. Sie ist auch deshalb ins Auge gefaßt worden, weil im Falle der Verengung des Flußlaufs für den Schiffsweh drei weitere Wehre herzustellen wären, die wegen ihrer großen Länge und der Schwierigkeit ihrer Gründung in den tiefliegenden Diluvialablagerungen einen besonders hohen Bauaufwand erfordern und zu einer wesentlichen Steigerung der Betriebs- und Unterhaltungskosten führen würden. Hierzu kommt, daß durch die Herstellung der Seitenkanäle zwei wertvolle große Wasserkräfte mit 6,8 und 8,3 Meter Nutzfälle gewonnen werden können. Die

Führung der Großschiffahrtsstraße

vom Unter- ins Oberwasser von Heilbronn durch den bestehenden Schiffsweh, nämlich den Wilhelmkanal, ist nicht wohl möglich. Es würden hierbei nicht nur empfindliche Störungen im Hafenerverkehr entstehen, sondern auch kostspielige und schwierige Veränderungen an den bestehenden Schleusen, den Straßen- und Eisenbahnbrücken und anderen Bauwerken erforderlich werden, ohne daß für den Schiffsweh befriedigende Verhältnisse erzielt werden könnten. Zur Umgehung dieser Schwierigkeiten ist die Verlegung des Schiffswehs in den Hochflutarm zwischen Heilbronn und Böttingen in Aussicht genommen. Der hier anzulegende Kanal soll eine kleinste Sohlenbreite von 55 Meter erhalten, damit er die bisher in der über 200 Meter breiten Flußrinne abgeführten Hochwassermengen aufnehmen vermag und die bestehende Flußrinne, soweit sie zu dem Kanal nicht benötigt wird, auf die Höhe des Bahnhofs aufgefüllt und für Umschlagszwecke benutzt werden kann. Die Herstellung des Kanals durch die Flußrinne macht den Bau einer neuen Eisenbahnbrücke und zweier Straßenbrücken erforderlich. Die Erweiterung bestehender und die Herstellung neuer Häfen ist im allgemeinen als Aufgabe der beteiligten Kreise (Gemeinden, Handel, Industrie usw.) behandelt und daher in dem Entwurf nicht berücksichtigt worden. Der Umbau vorhandener Anlandestellen ist indessen insoweit vorgesehen, als er durch die veränderten Stauverhältnisse notwendig wird. Außerdem ist die Beschaffung von Sicherheitshäfen ins Auge gefaßt worden, die als Zufluchts- und Lagerplätze der Schiffe bei Hochwasser, Eisgang und anderen außerordentlichen Anlässen ferner zur Ueberwinterung der Schiffe zu dienen haben. Die bestehenden Hafenanlagen in Mannheim und Heilbronn werden auch nach Einführung der Großschiffahrt die hauptsächlichsten Zufluchts- und Sicherheitsplätze der Rheinfahrtschiffe bilden. Der Karlsruher Hafen in Heilbronn ist zu diesem Behuf mit einem Aufwand von 122 000 Mark für die größten auf dem kanalisiertem Redar verkehrenden Schiffe zugänglich zu machen. Weiterhin ist die Anlage von zwei neuen Sicherheitshäfen an der Eis- und an der Vorbachmündung für je 6 Schiffe von 1000 Tonnen Tragfähigkeit vorgesehen. Für ihre Herstellung sind 227 000 Mark und 122 000 Mark in den Voranschlag eingestellt. In Heilbronn soll der oben erwähnte in die ehemalige Hochflutrinne einzugrabene Schiffswehkanal als neuer Umschlagshafen dienen. Das fast 100 Hektar große, über das Hochwasser zu legende Gelände rechts und links des Kanals bietet auf 2,5 Kilometer Länge eine gute Gelegenheit zur Entwicklung des Umschlagsverkehrs zwischen der Wasserstraße und der Eisenbahn. Die für Hafenzwecke erforderliche Erweiterung und Vertiefung des Schiffswehkanals über das für die Kanalstrecken sonst vorgesehene Maß hinaus wird einen Aufwand von 3 281 000 Mark verursachen. Die Aufwendungen für die erforderlichen Hafengleise und Umschlagseinrichtungen wurden in den Kostenboranschlag nicht aufgenommen. Sodann gibt die Denkschrift eine Darstellung der

Baukosten.

Wenn bei der Kanalisierung nur die zur Einführung der Großschiffahrt auf dem Redar erforderlichen Arbeiten ohne Rücksicht auf die etwaige Gewinnung von Wasserkräften ausgeführt werden, betragen die Baukosten, einschließlich der Kosten für die oben erwähnte Verlängerung der Schleusen von 85 auf 100 Meter, insgesamt 33 270 000 Mark. Die Kosten der Erweiterung des Kanals zu einem Umschlagshafen in Heilbronn mit 3 281 000 Mark sind in dieser Summe nicht inbegriffen. Werden die Auf-

wendungen auf die mehreren Staaten gemeinschaftlichen Haltungen je nach der Uferlänge der Staatsgebiete geteilt, so entfallen von den Baukosten auf das badische Gebiet 19 613 810 Mark, auf das heßische Gebiet 3 571 660 Mark, auf das württembergische Gebiet 10 084 530 Mark, zusammen 33 270 000 Mark. Die Kosten der Unterhaltung des Betriebs der Schiffahrtsstraße lassen sich der Natur der Sache nach im voraus nicht zuverlässig feststellen. Sie sind bis zu einem gewissen Grade auch von Naturereignissen, insbesondere Hochwassern und Eisgängen, abhängig. Der jährliche Gesamtaufwand für die Unterhaltung und den Betrieb kann auf Grund der anderwärts unter ähnlichen Verhältnissen gemachten Erfahrungen im Wege allgemeiner Schätzung zu 11,2% der Baukosten angenommen werden. Er würde sich hiernach berechnen für das badische Gebiet zu 2 942 077 Mark, für das heßische Gebiet zu 398 575 Mark, für das württembergische Gebiet zu 1 126 878 Mark, zusammen 4 467 530 Mark. Was sodann die

Bauausführung

anbelangt, so sind nach Vollzug der Grundwerbungen zunächst die langwierigsten Bauten des Schiffswehs, insbesondere Wehre und Schleusen, in Angriff zu nehmen. Bei der Herstellung der Wehre wird eine Fahrtrinne für die Schiffsahrt so lange offengehalten sein, bis diese durch die inzwischen fertiggestellten Schleusen geleitet werden kann. Mit den weiteren Bauten ist so zeitig zu beginnen, daß die Schiffahrtsstraße in ihrer ganzen Ausdehnung zugleich fertiggestellt und in Benutzung genommen werden kann. Es ist in Aussicht genommen, den Bau — ohne die für die Vorbereitungen erforderliche Zeit — in drei Jahren durchzuführen. Die Ausführung der an den geplanten Wehren sich ergebenden Gefälle durch Kraftwerke ist nach den angestellten Erhebungen technisch möglich und wirtschaftlich lohnend. Die in den vorgesehenen 17 Kraftwerken entstehenden Wasserkräfte sind von der württembergische Baubehörde zu rund 29 000 Pferdestärken geschätzt worden. Zum Zweck der Ausnutzung der Wasserkräfte müssen die Seitenkanäle zwischen Mannheim und Heidelberg mit einem Aufwand von Mk. 1 583 700 erweitert werden. Die Kraftwerke selbst sind zu 14 089 500 Mark veranschlagt. Der Gesamtaufwand beträgt also 12 673 200 Mark. Die Verteilung der Wasserkräfte an den mehreren Staaten gemeinschaftlichen Stausufen wird von dem Ergebnis der zwischen den beteiligten Regierungen einzuleitenden Verhandlungen abhängig sein. Unter der vorläufigen Annahme, daß sie nach Maßgabe der Uferlängen der Staatsgebiete in den betreffenden Haltungen erfolge, kämen auf das badische Gebiet 21 100 Pferdestärken mit einem Aufwand von 9 464 760 Mark, auf das heßische Gebiet 3 400 Pferdestärken mit einem Aufwand von 1 280 020 Mark, auf das württembergische Gebiet 4 500 Pferdestärken mit einem Aufwand von 1 928 420 Mark, zusammen 29 000 Pferdestärken mit einem Aufwand von 12 673 200 Mark. Der Wert dieser Wasserkräfte wird dadurch erheblich beeinträchtigt, daß sie wegen Wasserzurückhaltungen in den bestehenden Stauwerken des oberen Redars u. seiner Zuflüsse im Verlauf jeden Tags beträchtlichen Schwankungen unterworfen sind und bei Hochwasser und Eisgängen sogar kurze Zeit ganz verfallen. Hierzu kommt, daß der Abgang der Wasserkräfte, soweit sie in abgelegenen Gegenden gewonnen werden, zunächst nicht gesichert ist und durch kostspielige Leitungen zu entfernteren Verbrauchsstellen verneuert wird. Am Schlusse der Denkschrift wird über

Die Volkswirtschaftliche Bedeutung der Kanalisierung für Württemberg

folgendes ausgeführt: Die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit gewerblicher Betriebe sowohl im eigenen Lande wie auf dem Weltmarkt ist zu einem wesentlichen Teil dadurch bedingt, daß die Herstellungskosten ihrer Erzeugnisse nicht in einem durch anderweite Faktoren nicht mehr ausgleichbaren Maße über die durchschnittliche Höhe der Herstellungskosten in den konkurrierenden Betrieben hinausgehen. Ein wichtiges Mittel zur Erreichung der hiernach gebotenen möglichst niedrigen Herstellungskosten bilden, namentlich für Gewerbe, die große Massen verarbeiten, niedrige Transportkosten, wie sie durch eine leistungsfähige Wasserstraße ermöglicht werden. Die Industrie findet sich infolgedessen mit Vorliebe da an, wo die für sie erforderlichen Rohstoffe gefunden oder erzeugt werden, oder wohin diese mit geringen Aufwänden gebracht werden können. Die württembergische Industrie befindet sich in dieser Hinsicht in sehr mißlicher Lage, da die meisten Roh- und Brennstoffe aus großen Entfernungen beigebracht werden müssen, während die mit ihr in Wettbewerb tretenden auswärtigen Betriebe, insbesondere diejenigen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, diese Stoffe aus nächster Nähe beziehen können. Sie ist auch bezüglich des Abfuges ihrer Erzeugnisse wesentlich schlechter gestellt, als die an der großen Weltverkehrsstraße des Rheins liegenden Unternehmungen. Der Vorsprung der in lebhafter Entwicklung begriffenen rheinischen Industrie vor den heimischen Betrieben wird nach der Vollendung des im Bau befindlichen Schiffswehkanals vom Rhein nach Hannover voraussichtlich noch größer werden. Diese ungünstigen Verhältnisse haben es mit sich gebracht, daß Württemberg an der in den letzten Jahrzehnten allgemein eingetretenen Aufwärtsbewegung des wirtschaftlichen Lebens nicht in gleichem Maße wie die übrigen deutschen Staaten teilgenommen hat. Zwar bewegt sich, wie die Ergebnisse der Volkszählung und der Gewerbe- und Einkommenbesteuerung zeigen, auch seine Bevölkerung und seine Industrie in aufsteigender Richtung. Allein nach dem statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich hat die Bevölkerung in dem Zeitraum 1871—1905 zugenommen im Deutschen Reich um 47,7 Proz., in Preußen um 51,1 Proz., in Bayern um 34,2 Proz., in Sachsen um 76,4 Proz., in Baden um 37,6 Proz., in Hessen um 41,8 Proz., in Württemberg dagegen nur um 26,6 Proz.; sie ist verhältnismäßig in ständigem Rückgang begriffen. Eine kräftige Entwicklung unserer Industrie aber, für die im übrigen die äußeren Bedingungen gegeben wären, wird durch die in stets steigendem Maße sich geltendmachende, aus der Abgeschlossenheit des Landes

von den großen Verkehrsstraßen sich ergebende Ungunst der Transportverhältnisse behindert. Auch

Die bedeutendste württembergische Handelsstadt Heilbronn

hat hierunter in sehr fühlbarer Weise zu leiden. Die Errichtung neuer industrieller Unternehmungen, die Gewinnziffer der bestehenden Anlagen zeigt, abgesehen von einzelnen besonders begünstigten Unternehmungen, eine wechselläufige und verhältnismäßig größere Betriebs haben ihren Sitz aus dem Lande weg und in solche Gegenden verlegt, wo sie günstigere Erzeugungs- und Absatzbedingungen finden. Die Verminderung des Umfangs der Arbeitsgelegenheit wirkt dann aber wieder zurück auf die Bevölkerungsstärke. In dieser Hinsicht ist die Bevölkerungsdichtigkeit, so wird ein Teil des natürlichen Bevölkerungszuwachses genötigt, sich auswärtigen Gebieten zuzuwenden, wo die Voraussetzungen für die Ernährung einer größeren Menschenzahl gegeben sind. Unter diesen Umständen ist es erklärlich, daß die Vertreter der württembergischen Industrie einhellig und mit voller Entschiedenheit den Anschluß Württembergs an die große Rheinwasserstraße durch Herstellung eines leistungsfähigen die Zufuhr der Rohstoffe und den Abgang der fertigen Waren erleichternden und verbilligenden Schiffswehs auf dem Redar verlangen und daß sie in der Ausführung einer solchen, von der Eisenbahnpolitik der Nachbarstaaten unabhängigen Wasserstraße eine wesentliche Bedingung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes erblicken. Aber auch die nicht industriellen Kreise der württembergischen Bevölkerung haben sich in weitem Umfang der Ueberzeugung von der Nützlichkeit und Notwendigkeit dieses Unternehmens nicht zu verschließen vermocht. Eine genaue Feststellung der von ihm zu erwartenden Frachtersparnisse ist zwar nicht noch möglich, da weder die Frachttarife auf dem kanalisiertem Redar zum Voraus mit Sicherheit ermittelt werden können, noch die mit den Wasserkräften in Vergleich zu setzenden Eisenbahntarifen unveränderlich sind. Es kann aber nach den angeführten Berechnungen und nach den anderwärts gemachten Erfahrungen angenommen werden, daß sich durch die Verbilligung der geplanten Wasserstraße, wenn der Schiffswehbetrieb den Anforderungen des Verkehrs in vollem Maße Rechnung trägt und nutzergünstige Sparsenrichtungen geschaffen werden, jedenfalls beträchtliche Frachtersparnisse erzielen lassen. Diese werden nicht nur den an der Wasserstraße selbst gelegenen Plätzen, sondern dadurch, daß die bisher in den Rheinhäfen vom Schiff auf die Eisenbahn und umgekehrt verladenen württembergischen Transporte künftig zum großen Teil in Heilbronn umgeschlagen werden, mehr oder weniger auch den meisten übrigen Landesgebieten zugute kommen.

Ueber den Umfang des auf den Redar übergehenden Verkehrs sind aus Anlaß der Verhandlungen über die Schiffswehgebühren auf Grund der Statistik über die Güterbewegung der deutschen Eisenbahnen vom Jahre 1905 eingehende Untersuchungen vorgenommen worden. Dabei wurde festgestellt, daß von der württembergischen Ein- und Ausfuhr, die im Jahre 1905 zusammen 5,7 Millionen Tonnen betrug, rund 1,5 Millionen, also mehr als 1/4, der Rheinwasserstraße benutzt haben und daß der größte Teil der letztgenannten Transporte nach der Kanalisierung des Redars auf diesen übergehen wird. Für das Jahr 1917 ist der nach Eintritt des Beharrungszustandes zu erwartende württembergische Verkehr auf dem kanalisiertem Redar unter Berücksichtigung der im Zeitraum 1905 bis 1917 voraussichtlich eintretenden Verkehrssteigerung zu 2 572 961 Tonnen und der gesamte Redarverkehr (mit Einrechnung des badischen und heßischen Verkehrs) zu 3 016 094 Tonnen berechnet worden. Von dem Gesamtverkehr auf dem Redar entfallen auf den Bergverkehr 2 200 244 Tonnen, auf den Talverkehr 815 850 Tonnen. Bei diesen Berechnungen ist die von der Redarkanalisierung infolge Steigerung von Handel und Industrie erwartete außerordentliche Verkehrssteigerung, sowie derjenige Verkehr, der zu Schiff auf dem kanalisiertem Redar nach Heilbronn gehen und hier zur Durchfuhr durch Württemberg auf die Eisenbahn umgeschlagen werden wird, ganz außer Betracht gelassen worden. Wenn nun auch die berechneten Verkehrsbeziehungen vielfach auf Schätzungen beruhen und Anspruch auf volle Zuverlässigkeit der Natur der Sache noch nicht erheben können, so darf doch mit gutem Grund angenommen werden, daß die Redarkanalisierung für die in den Einflußbereich der geplanten Wasserstraße fallenden Landesgebiete, insbesondere aber für Württemberg, von hoher volkswirtschaftlicher Bedeutung sein wird. Württemberg mit seiner wenig günstigen Lage abseits der großen Verkehrslinien, würde dadurch eine weitgehenden Anforderungen entsprechende Verbindung mit der Weltverkehrsstraße des Rheins erlangen. Noch erfreulicherer Aussichten würden sich eröffnen, wenn es späterhin gelänge, die Kanalisierung des Redars bis in das Herz des Landes hinein fortzusetzen und die Redarwasserstraße mit der Donau zu verbinden. Von der Kanalisierung wird vor allem die in bedrängter Lage befindliche württembergische Industrie durch die Verbilligung des Bezugs von Kohlen und Rohstoffen, insbesondere Eisen, sowie durch Verbesserung der Absatzverhältnisse für die Industrieerzeugnisse Nutzen zu ziehen. Die Kanalisierung wird daher die Industrie des Landes beleben und der Gefahr einer Abwanderung zahlreicher Betriebe nach den Gewinnungställen der Rohstoffe vorbeugen. Die Verbilligung der Transportkosten wird aber auch der Landwirtschaft und den übrigen Bevölkerungskreisen zugute kommen. Insbesondere besteht ein großes allgemeines Interesse an billigen Transportkosten für Kohlen und Eisen, die mehr als 50 Proz. aller in Deutschland zum Versand gebrachten Waren ausmachen und auch im Haushalt gebraucht werden. Die günstigen Wirkungen der Redarkanalisierung werden in den an der Wasserstraße selbst gelegenen Orten in verstärktem Maße hervortreten, da für die betreffenden Plätze nicht nur der Güterumschlag zwischen Schiff und Eisenbahn, sondern soweit die Betriebe unmittelbar an dem Wasserweg liegen, auch die An- und Abfuhr der Güter mittelst Fuhrwerken in Wegfall kommt. Es ist daher zu hoffen, daß sich

an der Wasserstraße Industrien aller Art in größerem Umfang ansiedeln werden. Im Zusammenhang mit dieser industriellen Entwicklung ist eine Hebung der Steuerkraft und eine Steigerung des Bodenertrags in den von der Wasserstraße berührten Gebieten in Aussicht zu nehmen. Die Stadt Heilbronn wird überdies aus den mit dem Umschlagverkehr naturgemäß verbundenen Arbeits- und Geschäftsgelegenheiten Nutzen ziehen und sich, wenn die neue Wasserstraße die in sie gesetzte Hoffnungen erfüllt, zu einem Knotenpunkt für Handel und Verkehr ausbilden. Schließlich ist noch hervorzuheben, daß die Entwicklung eines lebhaften Verkehrs auf dem Neckar auch den Rheinverkehr in beträchtlichem Maße befördert und allen im Bereich der Rheinwasserstraße liegenden Gebieten mehr oder weniger zugutekommen wird.

Deutsches Reich. Deutscher Reichstag.

Berlin, 24. Januar.

Auch am heutigen Tage konnte im Reichstage die zweite Lesung der Reichssteuerzuschüsse noch nicht zu Ende geführt werden. Fast die ganze Sitzung wurde ausgefüllt durch die Besprechung des wichtigen § 49 über den Anteil, der den Gemeinden aus der Steuer ermächtigt soll. Bekanntlich soll nach dem Kommissionsbeschluss der Anteil der Gemeinden 40 Prozent betragen, die Fortschrittliche Volkspartei beantragte demgegenüber 50 Proz., für das Reich 40 Proz. und für die Bundesstaaten 10 Proz., während die Sozialdemokraten dem Reich nur 30 Prozent geben und die Verwendung zu Gunsten der Veteranen gesetzlich festlegen wollten. In der Debatte hat der Staatssekretär Bermuth himmelhoch, den Gedanken der Reichssteuerzuschüsse nicht durch eine Umkehrung seiner Idee zu Gunsten der Kommunen zu verändern. Köstlich war eine Rede des konservativen Abgeordneten Feldmann, der bekanntlich in Hildesheim mit sozialdemokratischer Hilfe gewählt ist, jetzt aber im Kriegereinstand behauptete, wer durch Wahlbündnisse die revolutionären Bestrebungen der Sozialdemokratie unterjüge, habe kein Recht an die Gräber der alten Krieger heranzutreten. Diese drohliche Rede brachte Heiterkeit in die sonst recht nüchternen Debatte, und Abg. Cuno hatte Recht, als er dem Redner in sehr satirischer Weise antwortete. Im übrigen empfahl Cuno den freimüthigen Antrag und erklärte, daß seine Freunde für alle Anträge stimmen würden, die den Gemeinden einen möglichst hohen Ertrag der Steuer abwerfen würden. Das Resultat der Abstimmung, die sich äußerst kompliziert gestaltete, war schließlich das, daß die Kommissionsbeschlüsse hinsichtlich der Verteilungssätze (50 Proz. fürs Reich, 40 für die Gemeinden, 10 Proz. für die Einzelstaaten) angenommen wurde. Für den Fall, daß morgen die Beratung nicht flatter von hinnen geht, wurde vom Präsidenten eine Abänderung angedroht.

Berlin, 24. Jan. Die Professoren Königs-München, Hering-Leipzig, Bildhauer Professor Lessing-Berlin, Landschaftsmaler Prof. Schönlender-Karlsruhe und Generalstabsmarschall von der Goltz-Berlin sind zu ständerechtigten Mitgliedern des Ordens pour le mérite für Wissenschaft und Kunst ernannt.

Berlin, 23. Jan. Wie das B. L. B. erzählt, beruht die Zeitungsmelung, Professor Ehrlich habe vor dem Kaiser einen Vortrag über das Heilmittel 606 gehalten, auf Kombination, die an die Tatsache geknüpft wurde, daß Mitglieder der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft anlässlich der heutigen ersten Senatsitzung vom Kaiser zur Tafel geladen waren.

Freiburg i. S., 24. Jan. Der Professor der Theologie an der hiesigen Universität, Dr. Cornelius Krieg, Erzbischoflicher Geistlicher Rat und Päpstlicher Hausprälat, ist heute nachmittags im 72. Lebensjahr gestorben.

Nürnberg, 24. Jan. Der Magistrat von Nürnberg hat zur Feier des 90. Geburtstages des Prinzregenten die Errichtung einer Stiftung für die Veteranen im Betrage von 100 000 Mark beschlossen.

Ausland.

Oesterreich gegen die Schiffsabgaben.

In einer Sitzung des volkswirtschaftlichen Ausschusses des österreichischen Parlaments referierte Abg. Schrammel über seinen Antrag betreffend die geplante Einhebung von Schiffsabgaben auf der Elbe und Donau. Dieser Antrag verlangt, die Regierung möge den Regierungen des deutschen Reiches erklären: 1) daß sie an dem Verträge vom 22. Juni 1870 festhalten und Verhandlungen über Abänderungen dieses Vertrags ablehnen; 2) daß nach Ueberzeugung der österreichischen Regierung die Einhebung von Schiffsabgaben auf der Elbe und Donau dem Völkerrecht widerspricht; 3) daß die österreichische Regierung bereit ist, falls über die Auslegung der internationalen Verträge Meinungsverschiedenheiten zwischen den beteiligten Staaten bestehen sollten, sich der Entscheidung eines internationalen Schiedsgerichts zu unterwerfen. Handelsminister Dr. Weissfischer erklärte, die deutsche Regierung habe ihrer Absicht klaren Ausdruck gegeben, unter Vertragsrecht zu respektieren. Die Anregung eines Schiedsgerichts würde vielleicht Zweifel an der Festigkeit unserer Rechtsüberzeugung aufkommen lassen und dadurch unsere Position abschwächen. Die Frage der Abgabe auf der Donau gehört nicht hierher und ich empfehle, sie anzuschließen. Der Minister erklärte dann neuerdings, die Regierung werde unentwegt an den durch die Abverträge geschützten Rechten festhalten. Der Punkt 1 des Antrags des Referenten, wurde unter Einbeziehung des Wortes „unabhängig“ angenommen. Punkt 2 wurde in der Fassung angenommen, daß nach der Ueberzeugung der österreichischen Regierung die Einhebung der Schiffsabgaben auf der Elbe den bezüglichen Verträgen widerspricht. Punkt 3 wurde abgelehnt.

Paris, 24. Jan. Der Senat hat 340 000 Francs für die Beteiligung Frankreichs an der Hygienenausstellung in Dresden bewilligt.

Saloniki, 24. Jan. Wie an amtlicher Stelle eingetroffene Nachrichten besagen, schied sich Said Jahn an, mit den vor Hodeida verammelten Arabern die Stadt zu stürmen. Die Araber lagern in beträchtlicher Stärke in der Nähe von Hodeida. Die Telegraphenleitungen mit Sana sind zerstört. Die Regierung bemüht sich, Transportschiffe zu finden, um die einberufenen Reservisten schnellstens nach den Yenen zu befördern.

Washington, 24. Jan. Der amerikanische Konsul in Ciudad-Juarez hat an das Staatsdepartement telegraphiert, daß die mexikanischen Bundesstruppen im Geleite bei Helena schwere Verluste erlitten haben.

Tokio, 24. Jan. Die wegen der Verschönerung gegen das Leben des Kaisers und anderer Mitglieder der kaiserlichen Familie zum Tode verurteilten Anarchisten wurden heute im hiesigen Gefängnis hingerichtet, unter ihnen auch ihr Anführer Kotoku und seine Frau.

Württemberg.

Stuttgart, 24. Jan. Mit Schreiben des Staatsministeriums ist dem Präsidium der Zweiten Kammer ein Staatsvertrag zwischen Württemberg und Baden über die Herstellung weiterer Eisenbahnverbindungen zwischen den beiderseitigen Staatsgebieten sowie ein Nachtragsabkommen zu diesem Staatsvertrag zugegangen.

Vöhring, 24. Jan. Den 100. Geburtstag feiert in verhältnismäßiger Rüstigkeit heute die Witwe des Stadtrats und Oberfeuerwehrtüchters Kibel. Die Jubilarin erblickte hier als Tochter eines ehemaligen französischen Offiziers, Bernhard Sourisseau, das Licht der Welt. Dieser, aus Kolmar stammend, war als zwanzigjähriger der königstreuen Fahne des Prinzen von Condé gefolgt und kämpfte 1790-1800 in allen Feldzügen gegen die Revolutionsarmeen. In der Schlacht bei Vöhring am 2. Oktober 1796 schwer verwundet, lag Sourisseau mehrere Monate krank und leistete während jener schweren Zeit als Dolmetscher der Stadt große Dienste; er schloß sich mit dem Condéschen Korps den Deserteuren an, wurde Oberleutnant und Adjutant. In Luzern heiratete er ein Fräulein Franziska Müller aus Schönen und ließ sich hier 1808 als Sprachlehrer nieder, wo seine Anstellung an der Realschule erfolgte. Die heute Hundertjährige ist das letzte der 11 Kinder des alten Handegen.

Nah und Fern.

Das Wetschwimmen der Stadträte.

Man schreibt aus Heidelberg: Bei einem hier abgehaltenen Schwimmsport wurde ein Intermezzo nicht gewöhnlicher Art improvisiert. Als Vertreter der Stadt waren drei Stadträte und außerdem der Obmann des Stadtvorordnetkollegiums anwesend. Der Obmann, der gerne keinen Scharfas spielen läßt, äußerte im Laufe der Veranstaltung: „Ich gäbe 100 Mark dafür, wenn ich einmal die Stadträte um die Wette schwimmen sehen könnte.“ Er hatte sich aber in der Unternehmungslust der rüstigen Stadtväter getäuscht, denn sie nahmen ihn sofort beim Wort, stürzten sich in die Fluten und schwammen unter stürmischem Beifall eine Einlagennummer, deren Preis nun einem guten Zweck zuzuführen wird.

Der Deserteur.

Der Pionier Klotz vom Speyerer Pionierbataillon kam Sonntag Nacht zu spät in die Kaserne. Aus Furcht vor Strafe erbrach er den Patronenkasten im Nachtslokal, nahm ein Diensgewehr und flüchtete zum hinteren Tor der Kaserne hinaus. Als man seine Flucht bemerkte, wurden ein Unteroffizier und 20 Pioniere zu seiner Verfolgung nachgeschickt. In der Nähe von Dudenhofen wurde er eingeholt. Als Klotz sich eingekerkert sah, gab er Feuer auf die Verfolger und traf den Unteroffizier Ehrlich durch eine Kugel in die rechte Brustseite, wodurch die Lunge verletzt wurde; den Gendarm Luz schoß er in die Leisten-gegend. Schließlich gab Klotz auf sich selbst einen Schuß in den Mund ab, der ihn sofort tötete. Die beiden Schwerverletzten wurden ins Militärlazarett gebracht. — Klotz ist Schlosser und stammt aus Pforzheim. Er erwies sich dem gütlichen Jureden des Leutnants und der Pioniere, die ihm nachgingen, als unzugänglich, zog sich vielmehr unter Drohungen mit der Waffe in den Dudenhofener Gemeindegarten zurück und feuerte etwa 10 Schüsse auf die Verfolger ab, wobei, wie gesagt, der Unteroffizier Ehrlich von der 2. Kompagnie schwer und der von der Gendameriestation abgehende Gendarm Luz leichter verletzt wurde. Hieran erschloß sich Klotz in der Schlußhütte. Nach einem vorgeschundenen Briefe scheint Klotz seine Tat in großer Erregung über eine Liebesangelegenheit und unter Einwirkung übermäßigen Alkoholgenußes ausgeführt zu haben. Es wurde auch festgestellt, daß Klotz als Matrosenführer 25 Mark veruntreut hat.

Das Eisenbahnunglück in England.

Aus London wird berichtet: Bei einem Bahnunglück, das in Wales auf der Taffdale Linie in der Nähe von Pontypridd stattfand, wurden elf Menschen sofort getötet und etwa vierzig verwundet. Eine schwer verletzte Frau Hodges verlor Mann und Sohn. Der Personenzug, der 200 Passagiere hatte, fuhr auf den mit Material beladenen Güterzug auf; wahrscheinlich wurden im Nebel die Signale falsch gelesen. Die drei ersten Wagen des Personenzuges schoben sich telekopartig ineinander. Alle in vordersten Abteil sitzenden Passagiere wurden sofort getötet.

Drei Kinder ertranken.

In Borgehagen bei Döberau, entfernten sich vier Schulkinder während der Frühstückspause aus der Schule und wagten sich auf das Eis des Dorfteiches. Alle vier, ein Knabe und drei Mädchen, brachen ein. Dem Knaben gelang es, sich zu retten, die Mädchen ertranken.

Ein Dorf in Gefahr.

Das am Nordabhang des Monte Baldo in Südtirol gelegene kleine Dorf Besagno ist in Gefahr, durch einen Erdbeben erschüttert zu werden. Einige Häusern wurden von niedergehenden Gesteinsmassen bereits eingedrückt und mußten geräumt werden.

Gerichtssaal.

Der Mord an dem Deutschen Unger geahnt.

Nach einer Meldung aus Beirut hat der Prozeß gegen die Mörder des in Haifa ermordeten Deutschen Unger sein Ende gefunden. Der Hauptangeklagte wurde zum Tode verurteilt, mehrere andere erhielten längere Zuchthausstrafen. — Das Gerichtsverfahren gegen die Mörder Ungers ist, wie man sich erinnert, erst nach wiederholten energischen Vorstellungen des deutschen Botschafters Freiherrn v. Marschall zustande gekommen. Vorher hatten die türkischen Lokalbehörden durch alle möglichen Mittel die Untersuchung und Verfolgung der Schuldigen zu erschweren gesucht. Es bedurfte erst mehrerer Verweisungen widerwilliger höherer Beamten und Verweisung der Sache vor das ursprünglich nicht zuständige Gericht in Beirut, bis es gelang, den ungeführten Gang der Nachspiegelung durchzusetzen.

Hall, 24. Jan. (Schwurgericht.) Der erste Fall beim hiesigen Schwurgericht betraf die Anklage gegen die 20 Jahre alte Dienstmagd Anna Kern von Bogelsberg Ode. Laßbach O. A. Künzelsau, wegen Kindstötung. Die Angeklagte war geständig und zeigte große Reue. Sie hat das von ihr geborene Kind am 27. Oktober v. J. in Ohrenbach Ode, Steinbach O. A. Künzelsau, wo sie damals im Dienst stand, gleich nach der Geburt mit einem Handtuch erdrosselt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Die Angeklagte wurde unter Zustimmung mildernder Umstände unter Einredung einer dreimonatigen Gefängnisstrafe, die sie zur Zeit verbüßt, zu einer Gesamtgefängnisstrafe von 2 Jahren 3 Monaten verurteilt. Da das Kind von ihrem leiblichen Bruder stammt, war die Angeklagte am 22. November 1910 wegen eines Verbrechens der Blutschande zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Karlsruhe, 23. Jan. In dem Verteidigungsprozeß von 39 katholischen Geistlichen des Bistums Ulm gegen den liberalen Ueberlinger „Sechoten“ wegen Verleumdung hat heute das Oberlandesgericht Karlsruhe die Revision verworfen und das Erkenntnis der Konstanzer Strafkammer (Verurteilung des Redakteurs M. zu 50 M. Geldstrafe nebst Kosten unter Abweisung der Widerklage des Redakteurs) bestätigt. Die Verteidigungen wurden gefunden in mehreren Abwehrtiteln des „Sechoten“ gegen das Vorgehen der Geistlichkeit, die durch ein nach dem Gottesdienste an die Kirchenbesucher verteiltes Flugblatt vor dem „Sechoten“ als vor einem religionsfeindlichen Blatt gewarnt und tatsächlich zum Quartalsabschluss etwa 400 M. Bestellungen herbeigeführt hatten. Die Konstanzer Strafkammer hatte den Geistlichen, nicht aber dem Redakteur den Schutz des § 193 in Anspruch nehmender Weise zugewilligt. Jetzt steht noch das Urteil des Oberlandesgerichts als Berufungsinstantz in der Klage des „Sechoten“ gegen die Geistlichen wegen Geschäftsschädigung aus.

Vor 40 Jahren.

Mittwoch, den 25. Januar.

Befestigt und Schanzmügel bei La Fleche, bei Salins, Arbois, Barges, Pont les Roullins, Sillen, und Guillon, bei Blamont, Ueberall von La Roche und Briennon, Kapitulieren von Longwy.

Verailles. Das Bombardement der Stadt Paris wird eifrig fortgesetzt. Eine westlich La Bourget angelegte neue Batterie (Nr. 33) von acht langen 24-Pfündern wird heute demaskiert und richtet ihr Feuer gegen Fort Aubervilliers und die Vorstädte La Chapelle und La Villette und das Arbeiterviertel Belleville. In St. Denis gibt es wenige Häuser, die nicht getroffen sind. Nicht einmal die Keller bieten volle Sicherheit mehr. Viele Bewohner oberer Etagen bleiben zerschüttert in ihren Wohnungen liegen, da sich niemand hinaufwagt.

Verailles. Jules Favre erschien heute abermals bei Bismarck und konferierte mit ihm viele Stunden lang.

Favre ist in großer Angst wegen des Mißlingens seiner Mission, da die Truppen erklärt haben, sich seiner Kapitulieren zu unterwerfen. Die Marinetruppen der Forts drohen, sich in die Luft zu sprengen.

Grandville. „Songny, seit neun Tagen beschossen, hat soeben, 3 Uhr 25 Minuten Morgens, kapituliert, 4000 Gefangene, 200 Geschütze genommen. Ich besetze heute vormittag die Festung.“ v. Arenski.

Le Mans. Die Einwohnerschaft findet sich mit der preussischen Besatzung gut ab. Die Leute sind ruhig und verständlich, die Kaffeehäuser und Wirtshäuser brillante Geschäfte. Die preussische Uniformierung hat unter dem Feldzug anscheinend bei weitem nicht so gelitten als die französische. Besonders die Beschuhung der Franzosen ist sehr schlecht.

Ueber die Engländer sagte der verärgerte Bismarck am 25. Januar 1871: „Vande! Die sind voll Kerger und Reid, daß wir hier große Schlachten geschlagen haben... und gewonnen. Sie gönnen es dem kleinen, ruppigen Preußen nicht, daß es in die Höhe kommt. Das ist ihnen ein Volk, das bloß da ist, um für sie gegen Bezahlung Krieg zu führen. Das ist so die Ansicht des ganzen englischen Geistes. Die haben uns niemals wohlgenollt und immer nach Kräften geschadet... Diese Meinung ist auch in der Kronprinzessin (nachmaligen Kaiserin Friedrich, Tochter der Königin Viktoria von England) verankert. Die denkt Wunder, wie tief sie sich herabgelassen hat, daß sie in dieses Land eingedrungen hat. Ich weiß noch, daß sie einmal zu mir sagte, zwei oder drei Kaufmannsfamilien in Liverpool hätten mehr Silberzeug als der ganze preussische Adel. Ja, erwiderte ich, das ist vielleicht wahr, königliche Hoheit, wir legen unsern Wert aber auch in andere Dinge, als in Silber.“

lokales.

Wildbad, 26. Januar. Der neue Etat des Kgl. Bades Wildbad, auf die Periode 1911/12, ist soeben erschienen. Derselbe sieht für diesen Zeitraum eine Jahres-Einnahme von 348 700 M. vor, die einen Reinertrag von 92 872 M. ergibt. Der Reinertrag ist in den letzten Jahren erfreulicherweise beständig gestiegen, so bedeutet der heutige gegen den vorjährigen ein Mehr von 12 695 M. Von dem Reinertrag fließen 12 000 M. der laufenden Verwaltung zu und der Rest von 80 872 M. soll in den Betriebsfond abgeführt werden, aus dem die Gelder zur Deckung der Kosten des Kurfaal-Neubaus und des Damen-Schwimmbades bestritten werden. Der Ertrag der Bäder ist auf 211 000 M. veranschlagt. Auch aus der erhöhten Kurtaxe sind Mehreinnahmen berechnet. Die vorgesehenen Mehrausgaben verteilen sich auf vermehrte Veranstaltungen für die Kurgäste, für die nötige gewordene Erweiterung des Aufführungsrechtes neuer Musikwerke für das Kgl. Kurtheater usw.

Wildbad, 25. Januar. Für vorzügliche Dienstleistungen und langjährige, treue Pflichterfüllung ist dem Oberlandjäger Hrn. **R. Aiche** hierseits, laut Bekanntmachung des R. Ministeriums des Innern, eine Geldprämie als Auszeichnung zuerkannt worden.

Wildbad, 25. Januar. Postalisches. Bei der Einzelauslieferung von Postanweisungen auf Kartenformulare nach deutschen Bestimmungsarten sind, soweit die Postanweisungen nicht in ein Einlieferungsbuch oder Verzeichnis eingetragen sind, vom 1. Juli ds. Js. an ausnahmslos Formulare mit anhängendem, vom Publikum vorzuschreibenden Posteinlieferungsschein zu verwenden. Die Kartenformulare ohne anhängenden Posteinlieferungsschein können daher zu dem angegebenen Zweck nur noch bis 30. Juni ds. Js. benützt werden.

Wildbad, 24. Januar. Wir machen hiermit heute schon die Mitglieder, Freunde und Gönner unseres Naturheil-Vereins darauf aufmerksam, daß am Sonntag den 29. ds. Mts., nachm. 4—6 Uhr ein öffentlicher Vortrag mit

freiem Zutritt im Hotel „Majsch“ stattfinden wird, derselbe wird das neue Kurpflaster-Gesetz, insbesondere aber auch das schon oft und vielfach belämpfte Impfgesetz und zuletzt noch den Heil-Magnetismus behandeln. — Die Naturheilbewegung breitet sich unaufhaltsam stetig aus, sie wirkt überall aufklärend und belehrend auf allen Gebieten der Gesundheitspflege, sie veranlaßt zum Nachdenken, zur Einsicht in die Grundbedingungen der Gesundheit, in die ewigen Gesetze, nach denen sich die Funktionen unseres Körpers vollziehen; sie lehrt, daß Krankheit meist die notwendige Folge, gleichsam die Strafe dafür ist, wenn wir uns gegen die Natur-Gesetze vergehen, sie kämpft gegen Gedankenlosigkeit, Schlandrian und Modetorheiten. Sie weist vor allem auf die ewigen göttlichen Heilkräfte hin, die die allgütige Mutter Natur uns an die Hand gegeben, nämlich: Wasser, Luft, Licht und Sonnenschein. — Da aber die Gesundheit der einzelnen Familienglieder meist in die Hände der fürsorgenden Mutter, der Sanitätsrätinnen des Hauses, gegeben ist, so ergeht die Einladung zu obig angekündigten Vorträgen hauptsächlich an die Frauen und Mütter, denen solch kostbare hohe Güter anvertraut sind, infolge dessen aber auch so große Verantwortung tragen. Und nun, geehrte Frauen und Mütter, ihr Sanitätsrätinnen der Familie, zeigt daß ihr auf dem Posten steht. Wir rufen Euch heute schon ein herzlich „Willkommen“ zu.

Aus dem Bezirk Neuenbürg, 25. Jan. Aus dem soeben ausgegebenen württembergischen Forstetat geht hervor, daß das erledigte Forstamt Schwann aufgehoben und sein Bezirk an den Forstbezirk Neuenbürg angegliedert werden soll. Weiter ist zu entnehmen, daß auf Anregung der Forstverwaltung seitens der Eisenbahnverwaltung ein Nebengleis von der Station Rotenbach bis zur Ausmündung der Ggachtalstraße im Forstbezirk Neuenbürg erstellt werden wird. Um hier Stamm- und Brennholz unmittelbar in die Eisenbahnwagen verladen zu können, ist die Anlage eines entsprechenden Lager- und Ladeplatzes erforderlich, da auf der Station selbst die Ladeverhältnisse ungenügend sind. Der Aufwand ist auf 50 000 Mark veranschlagt, welcher je hälftig für die beiden Etatsjahre 1911 und 1912 eingebracht ist.

Neuenbürg, 24. Januar. Die im Frühjahr 1910 gegründete „Kraftwagen-Gesellschaft Neuenbürg—Gerrenalb“ hielt am letzten Sonntag im Gasthaus zum Bären in Neuenbürg ihre erste General-Versammlung ab. Die Abschluß-Rechnung des am 15. Mai v. J. begonnenen Betriebes zeigt ein sehr erfreuliches Resultat, das wohl in erster Linie der eifrigen und sach-tunlichen Leitung des Unternehmens zu danken ist. Trotz einer Aufwendung von 20% für Instandhaltung des Inventars konnte die in Aussicht genommene Dividende von 4% an die Besitzer der Stammanteile verteilt und außerdem noch ein Ueberschuß auf die neue Rechnung übernommen werden. Die von dem rührigen Geschäftsführer Hrn. Lutz sorgfältig aufgestellte Bilanz mit statistischer Uebersicht weist u. a. nach, daß seit Betriebsöffnung insgesamt 28 821 Kilometer gefahren und zusammen 13 880 Personen befördert wurden. Nach dem der Geschäftsleitung von der Versammlung einstimmig Entlastung erteilt war, ging man zu den übrigen Punkten der Tagesordnung, die zur Erweiterung des Betriebes aufgestellt waren. Hierzu wurde beschlossen, die Rundfahrten über Neuenbürg—Rarzell—Gerrenalb—Dobel—Wildbad auszuführen und dabei einen direkten Wagen Wildbad—Gerrenalb—Baden abzuweichen. Diefür soll noch ein dritter Wagen in den Betrieb gestellt werden. Weiter wurde beschlossen, das Stammkapital um 10 500 M. zu erhöhen und hierbei vornehmlich Interessenten aus Wildbad, Calmbach und Bösen zu berücksichtigen. Der Name der Firma wurde ergänzt und lautet künftig: „Kraftwagen-Gesellschaft Neuenbürg—Gerrenalb—Wildbad“. Anlässlich der Betriebsvergrößerung wurde in den Aufsichtsrat ein weiteres Mitglied gewählt und zwar Hr. Fabrikdirektor **Schneider** Wildbad. Nach Erledigung einiger kleineren Sachen wurde die Versammlung geschlossen. Möge auch das zweite Betriebsjahr ein gutes, und das Unternehmen ein wichtiger Faktor für den Fremdenverkehr werden.

Druck und Verlag der Bernh. Hofmannschen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: L. B.: Paul Köhler daselbst.

Wildbad.

Das

Bankett

anlässlich des

Geburtsfestes Sr. Maj. des Kaisers

findet nicht am Freitag, den 27. Januar 1911, abends 8 Uhr, im „Gasthaus zum goldenen Ochsen“ hier statt, sondern wird mit dem Vortrag des Flottenvereins im Gasthaus zur „Linde“ hier am

Montag, den 30. Januar 1911,

abends 8 Uhr

verkauft, wozu hiemit Einladung ergeht.

Wildbad, den 26. Januar 1911.

Stadtschultheiß **Bäuer.**

~~~~~

**Deutscher Flotten-Verein.**

Ortsgruppe Wildbad. ~~~~~

**Montag, den 30. Januar 1911, abends 8 Uhr,**

im Gasthof zur Alten Linde

wird

**Herr Freiherr von Hüllessen-Meerscheidt**

Kapitän zur See a. D.

einen

**Lichtbildervortrag**

halten über das Thema:

**Handhabung und Verwendung eines modernen Kriegsschiffes im Hafen und auf See.**

Siezu werden die Mitglieder des Flotten-Vereins, die verehrlichen Vereine und alle, die sich für die Sache interessieren, mit ihren Familienangehörigen freundlich eingeladen.

J. A.:

**Dr. Metzger.**

~~~~~

Wildbad.

Freiwillige

Grundstücksversteigerung

Die in Nr. 16 dieses Blattes näherbezeichneten Grundstücke der alt **Wilhelm Treiber**, Korbmachers Eheleute hier werden am nächsten

Montag, den 30. Januar 1911,

vormittags 11 Uhr,

auf der Notariats-Kanzlei wiederholt versteigert, wozu Liebhaber eingeladen werden.

Den 24. Januar 1911.

Gerichtsnotar **Oberdorfer.**

Auf Freitag empfehle ich

Schellfisch und Kabeljau das Pfund zu 40 Pfg.

frisch gewässerte Stockfische

das Pfund zu 30 Pfg.

Bücklinge 3 Stück 20 Pfg.

Hermann Kuhn.

Auf Freitag frisch eintreffend:

Schellfische **Kabeljau**

Adolf Blumenthal.

Turnverein

Wildbad.

Donnerstag abend 8 Uhr

Turnstunde

der Jüglinge.

Freitag abend 8 Uhr

Turnstunde

der Turner.

Der Turnwart.

Militär-Verein

: Wildbad :

„Königin Charlotte“.

Heute abend 8 Uhr,

Singstunde

im Gasth. z. Sonne.

Zahlreiches Erscheinen notwendig.

Der Vorstand.

Tannene, dünne

Reisprügel

zu billigem Preis,

sind abzugeben.

Zu erfragen in der Exp. (14)

20%

auf sämtliche

Winter-Mäntel

mit Anchluss der Plüsch- und Sammt-Paletots.

Gustav Kienzle,

Königl. Hoflieferant,

König-Karl-Straße 187.

Vertreter-Gesuch!

Für erstklassiges und leistungs-fähiges **Pianohaus** werden tüchtige Vertreter gesucht. Herren mit guter Verbindung werden bevorzugt. Gest. Offerten erbeten unter „A. B. 13“ an die Exped. d. Bl.

Rollmopse,

Bismarck-Heringe,

Kieler Bücklinge,

frisch eingetroffen bei

C. W. Vott.

Weiss- und Rot-Weine

(Aber die Straße) in verschiedenen Preislagen empfiehlt

Fr. Kessler

Weinhandlung.

Alkoholfreie Weine.

Cafe Bechtle .: Weinstube.

Auschant von vorzüglichen alten u. neuen Weinen.

: Sädweine glädweise. :

Kaffee, Thee, Schokolade und Cacao.

Stets frisches

Bäckwerk und Kuchen.

Angenehmer und ruhiger Aufenthalt.

Es empfiehlt sich bestens **THEODOR BECHTLE.**

Prima

Birsch-Fleisch

ist zu haben bei **Adolf Blumenthal.**

Prof. Dr. Jaeger's

Normal-Unterkleidung



verfälscht nicht, läuft wenig ein, bleibt porös und elastisch.

Alleinige Fabrikanten

W. BENDER SÖHNE

Stuttgart.

Grand Prix - Paris 1900.

Allein-Verkauf für Wildbad nur bei

Hauptstr. 104. **Geschwister Freund,** Hauptstr. 104.

Prima guttische

Erbsen, Bohnen und Linsen

sind eingetroffen und empfiehlt

Robert Treiber.

Kübler's

reinwollene

Sweater-Anzüge

und Kleidchen

sind elegante, solide

Neuheiten.



Sweaters und Höschen,

bzw. Kleidchen

sind auch einzeln zu haben.

Niemand veräume unsere konkurrenzlosen Neuheiten kennen zu lernen.

Ausfrierter Kataloge gratis.

Geschwist. Horkheimer, Wildbad.